

Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Bernspruchstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 255.

Donnerstag, 2. November 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strecken, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Bestreuer frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabebelags bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rahaunstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier sollen

Dienstag, den 7. November 1893,

von Vormittags 10 Uhr an

3 Baarenschränke, 1 Ledertisch, 1 Ledertafel, 1 Tafelwaage mit Gewicht, mehrere Paquets Bündel Holz, Tabak, Cigarren, mehrere Schachteln Ledertisch, Wäsche und Pomade, 1 Regal, 50 Stück Cigarren, 88 Stückchen Seife, 1 Kiste mit Soda, 1 Winter- und 1 Sommerüberzieher u. a. m. gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Riesa, 1. November 1893.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger.
Secr. Eidam.

Bekanntmachung.

Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Abraham Kamp** in Riesa: **A. Kamp** zu Riesa scheidet die Schlussverteilung bevor.

Der verfügbare Massebestand beträgt nach Abzug der Kosten und Masseschulden 7126 M. 96 Pf., denen 35 173 M. 50 Pf. festgestellte Forderungen gegenüber stehen.

Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.

Riesa, den 1. November 1893.

Der Konkursverwalter.
Dr. Wende.

Tagesgeschichte.

Ein Theil der Presse weist mit Recht darauf hin, wie sehr im letzten englischen Bergarbeiterstreik die Freiheit der Arbeiter dadurch gelitten hat, daß die streikenden „Genossen“ die arbeitswilligen Elemente durch Gewaltthätigkeiten an der Arbeit zu hindern versucht haben. In Deutschland ist das während der großen Streiks Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre aber durchaus nicht anders gewesen, und wenn zur Erklärung der englischen Gewaltthätigkeiten der Mangel an geeigneten dagegen anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen angeführt wird, so ist es in Deutschland mit den gesetzlichen Maßnahmen auf diesem Gebiete durchaus nicht viel besser bestellt. Durch den gegenwärtigen Wortlaut des § 153 der Gewerbeordnung wird nur mit Strafe bedroht, wer nach stattgehabter Verabredung mit anderen arbeitswilligen Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu nöthigen versucht. Solche Versuche können aber auch ohne Verabredung vorgenommen werden, sind es auch. Außerdem ist die Verabredung, wenn sie vorgekommen ist, außerordentlich schwer nachzuweisen. So hat sich denn der jetzige § 153 der Gewerbeordnung während der letzten großen deutschen Streiks als durchaus unzureichend herausgestellt. Die verbündeten Regierungen hatten denn auch in dem Entwurf zu der letzten Gewerbeordnungs-Novelle, die als Gesetz am 1. Juni 1891 veröffentlicht ist, eine Aenderung des § 153 vorgeschlagen. Der Reichstag hat diese jedoch nicht gebilligt. Große Arbeitsausstände haben seit dem Erlaß der letzten Gewerbeordnungs-Novelle nicht stattgefunden. Die wirtschaftliche Lage ist dazu durchaus nicht angethan, die Arbeit niederzuliegen. Es werden aber auch wieder Zeiten kommen, in denen umfangreiche Streiks in Aussicht zu stehen dürften. Dann wird man auch wieder in Deutschland den Mangel an geeigneten gesetzlichen Bestimmungen zur Verhinderung der Gewaltthätigkeiten beklagen. Man sollte daher bei der ersten Gelegenheit auf eine Aenderung des § 153 im Sinne des früheren Vorschlages der verbündeten Regierungen Bedacht nehmen.

Deutsches Reich. In der „Köln. Ztg.“ wird davor gewarnt, auf die geplante Börsensteuer große Erwartungen zu setzen; der Ertrag sei auf nicht mehr als fünf Millionen Mark eingeschätzt, und es werde gezweifelt, ob diese Summe in so schlechten Jahren, wie das gegenwärtige, erreicht werden könne. Einige weitere Einzelheiten theilt das gen. Blatt über die anderen Stempelsteuervorlagen mit. Es ist eine Frachtbriefstempelsteuer ausgearbeitet; von jedem Frachtbrief soll ein Stempel von 10 Pf. erhoben werden. In Frankreich sei dieselbe Steuer, obwohl sie fast sechsmal soviel beträgt, nicht als Belastung empfunden worden. Ferner wird bekanntlich eine Quittungssteuer vorgelegt werden; Beträge unter zwanzig Mark bleiben frei, höhere Summen sollen, ebenso wie die Frachtbriefe, einem Stempel von 10 Pf. unterliegen. In Frankreich wird von allen Quittungen von 10 Franken aufwärts ein Stempel von 10 Centimes erhoben. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, die bestätigt, daß beabsichtigt sei, einen Stempel von 10 Pfennigen auf Frachtbriefe einzuführen, schreibt: „Da der 50-Pfennig-Postpaketverkehr frei bleibt, sollen auch die Eisenbahnfrachtpapiere so weit freigelassen werden, daß keine Prägravirung der Eisenbahnfracht gegenüber dem Postverkehr eintritt. Einer gleichen Behandlung wie die Eisenbahnfrachtpapiere sollen auch die des Schiffsverkehrs unterliegen.“

Eine Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Partei Württembergs hat nach äußerst lebhafter Debatte mit ganz überwiegender Mehrheit Entschlüsse gefaßt, die zur Deckung der notwendigen Ausgaben des Reiches eine Reichserbschafts- oder eine Reichseinkommensteuer, die die kleineren und mittleren Vermögen thunlichst frei läßt

und die leistungsfähigeren größeren Vermögen belastet, verlangen, in Bezug auf die neuen Steuerpläne der Regierung sind in den Vorkonferenzen beizubehalten, die Weinsteuer zu versetzen und der Tabakfabriksteuer nur bedingt zuzustimmen. Eine gründliche Reform des gesamten Reichssteuerwesens im Sinne größerer Selbstständigkeit der Reichsfinanzen und Ermäßigung der Schuldentilgung sei in naher Zeit dringend geboten; eine solche sei alsbald anzustreben und müßte insbesondere zur Aufhebung der Salzsteuer, zur Einführung einer Reichserbschaftssteuer, der Weinsteuern und der Luxussteuer führen. — Über 700 Weinbauern und Wein-Interessenten aus allen Weinbaubezirken Vorkonferenzen tagten am Sonntag im Rathhaus zu Weiz und nahmen nach eingehender Erörterung eine ausführlich motivirte Tagesordnung an, welche die geplante Weinsteuer als den lothringischen Weinbau höchst gefährdend bezeichnet. Die Versammlung beschloß eine Massenpetition gegen das Gesetz und beauftragte drei Mitglieder, Vorkonferenzen auf der Wiesbadener Versammlung zu vertreten.

Im Hannoverischen Spieler-Prozess beantragte der Staatsanwalt gegen Mevring 4½, Fährle 5, Abter 7, Seemann 4, Hof 4 und Max Rosenberg 2 Jahre Gefängnis. Außerdem Alle 6 Jahre Ehrverlust; gegen Julius Rosenberg und Sußmann je 1500 Mark Geldstrafe oder 150 Tage Gefängnis. — Der Prozess wird jetzt in den Blättern aller Parteien auf eingehende Erwähnung. Einen recht beachtenswerten Vorschlag macht der conservative „Reichsbote“, indem er empfiehlt, jeden jungen Offizier beim Eintritt in die Armee ehrenpflichtig zu verpflichten, an seinem Hazardspiel theilzunehmen. Dadurch würde den militärischen Jünglingen ein Rückhalt gegen die Versuchung gegeben werden. Die Brandmarlung des Hazardspieles als eine entehrende Handlung würde die jungen Herren besser schätzen als alles Andere, da die Ehre der Pulscholger der Armee ist. Sie würden dann auch, was ihrer wartet, wenn sie das gegebene Ehrenwort brechen. Damit wäre dem Uebel an die Wurzel gegriffen, und auch auf den Rennplätzen, wo vielfach das Spiel geübt wird, könnte es sich dann nicht mehr halten, wenn ihm das Brandmal der Ehrelosigkeit aufgedrückt wäre. Mögen die Pferderennen im Interesse der Pferdezucht nöthig sein, so ist doch stark zu bezweifeln, ob das Wetten dazu nöthig ist und ob nicht die Thätigkeit einer Commission zur Vertheilung der Preise genügt; denn das Wetten ist so gut ein Spiel wie das Spiel mit Reichthümern, wo ein Reichthum mit 100 M. bewertet wird, wie es aus dem Prozess bekannt wurde. Wie ein anscheinend den reichen Volksklassen nahestehender wissender Correspondent der „Hamb. Nachr.“ mittheilt, wäre nicht bloß Hannover der Ort, wo das Hazardspiel gepflegt wird, sondern auch Berlin.

Die „Post“ meldet, Professor Schwemmer sei vom Sonnabend bis zum Montag in Friedrichsruh gewesen, um vor seiner Abreise nach Süddeutschland sich über den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck zu vergewissern. Der Fürst befindet sich wohl. In den letzten Tagen habe er an einer kleinen Magen-Indisposition gelitten, die aber bei der Abreise Schwemmer's gehoben gewesen sei.

Bei der in Aussicht genommenen Verdoppelung der Börsen-Umsatzsteuer soll, wie die „Post“ erzählt, eine gewisse Erleichterung für die Reports, sowie für die Vermittlungsgeschäfte der Provinzial-Bankiers Platz greifen. Die Quittungssteuer soll 10 Pfennige betragen und für Quittungen über 20 Mark und, wenn möglich, auch für Checks und Giro-Anweisungen erhoben werden.

Brasilien. Zur Lage in Brasilien liegen heute bemerkenswerthe Nachrichten vor. Dem „Standard“ wird aus New-York gemeldet, daß für Rechnung der brasilianischen Regierung zehn Schiffe angekauft worden sind und daß Verhandlungen über den Ankauf weiterer Schiffe schweben. Es

werde vermutet, daß die Schiffe in vierzehn Tagen abgehen werden. Der „Times“ wird aus Rio de Janeiro vom 27. Oktober über Galveston gemeldet, daß die aufständischen täglich Niteroy, Santa Cruz und Sao Joao beschicken. Niteroy soll stark gelitten haben. Die provisorische Regierung, welche festen Fuß gefaßt habe, organisire eine Armee und habe acht Geschütze sowie 1500 Gewehre von Montevideo durch den Dampfer „Republica“ erhalten. Admiral Welles besolde seine Mannschaften regelmäßig; die Zahl derselben auf den Schiffen betrage 1500 gegen 5000 Mann regulärer Truppen unter dem Befehl Pezotos in Rio de Janeiro und 1500 Mann Miliz in Niteroy. Der Rücktritt des brasilianischen Ministers des Auswärtigen Carvalho wird der Ernennung des Arztes Barrata zum Richter des höchsten Gerichtshofes zugesprochen. Vierzig Personen von der Besatzung des aufständischen Schiffes „Uranos“ wurden durch das Feuer der Batterien getödtet, als es Rio de Janeiro am 15. October verließ. Der Dampfer „Republica“ rampte mit seinem Sporn ein Transportschiff, welches 1100 Mann von Rio de Janeiro nach Santos bringen sollte. 500 Personen haben hierbei den Tod in den Wellen gefunden. — Nach einer weiteren Meldung der „Times“ aus New-York sind dort für Rechnung der brasilianischen Regierung sechs amerikanische Schiffe angekauft worden, nämlich: „El Rio“, „Advance“, „Finance“, „Alliance“, „Securance“ und „Vigilance“. Die brasilianische Regierung habe bereits drei Millionen Dollars für die Schiffe und ihre Ausrüstung bezahlt.

Amerika. Mit 43 gegen 32 Stimmen hat, wie schon gemeldet, der Senat in Washington am Montag den Antrag auf Abschaffung des Gesetzes über den Ankauf von Silber angenommen. Die Ver. Staaten verdanken dieses Ergebnis ausschließlich der unbeugsamen Festigkeit ihres Präsidenten. Selbst die entschiedensten Gegner des Silberzwangs im Senate wie in der Regierung hatten bereits begonnen, müde zu werden und sich zu Compromissen mit den Silbermännern geneigt zu zeigen; nur Cleveland bestand fest auf der bedingungslosen Aufhebung des verwerblichen Gesetzes. Die Reform der übermäßig hohen Tariffsätze der Mc. Kinley-Bill wird der nächste Schritt auf dem Wege zur Heilung der geschäftlichen Krisen sein, den Präsident Cleveland in Ausführung seines Programms thun wird; der Entwurf des neuen Tariffs soll bereits ausgearbeitet sein. Dieser Schritt wird namentlich auch für die deutsche Industrie mit ihrer ehemals so blühenden Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nicht ohne günstige Folgen bleiben, wenn auch die Herabsetzung der Tarife in erster Linie nicht für die Fabrikate, sondern für die Rohstoffe in Aussicht genommen ist. — Während der entscheidenden Sitzung am Montag bot der Senat ein sehr bewegtes Bild. Die Galerien waren überfüllt. Im Saale waren alle Sitze besetzt, auf den Bänken längs der Wände hatten zahlreiche Mitglieder des Repräsentantenhauses Platz genommen. Die Redner trugen einen besonders leidenschaftlichen Charakter. Die demokratischen Redner gaben ihrem Schmerz Ausdruck über den Abfall einiger ihrer Parteigenossen, der die Niederlage ermöglichte. Die Anhänger des Silbers erklärten, die Aufhebung der Shermanbill würde für die Silber erzeugenden Staaten Verfall und Verwerfung bedeuten. Nachdem das Resultat der Abstimmung bekannt gegeben war, beantragte Vorbes in triumphirendem Tone die Vertagung bis Dienstag Mittag. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben. — Der Staatssekretär Creswell erklärte die Blättermeldung für unbegründet, daß die Vereinigten Staaten einen Vertrag mit Brasilien abgeschlossen hätten, durch welchen sie sich verpflichteten, die brasilianische Regierung im Falle eines auf die Wiederherstellung der Monarchie gerichteten Staatsstreiches zu unterstützen.